

# **Deine Themen - Deine Stimme**

## **Deine Junge Union im Kreis Göppingen**

**Beschlussfassung der Mitgliederversammlung  
der Jungen Union Kreisverband Göppingen  
am 25. November 2018**

---

Junge Union Kreisverband Göppingen • Pfarrstraße 42 • 73033 Göppingen

Fon: 07161 / 70094 • Fax: 07161 / 25539

[www.ju-gp.de](http://www.ju-gp.de) • [info@ju-gp.de](mailto:info@ju-gp.de)

# Inhaltsverzeichnis

1.)	Präambel .....	1
2.)	Der Kreis ist unsere Heimat.....	1
3.)	Bildung ist uns wichtig .....	4
4.)	Familie & Gesellschaft.....	5
5.)	Europa ist unsere Zukunft.....	8
6.)	Innere Sicherheit.....	9
7.)	Wirtschaft & Finanzen .....	11
8.)	Energie und Umwelt .....	14

## 1.) Präambel

Mit etwa zweihundert Mitgliedern ist die Junge Union im Kreisverband Göppingen mit ihren sechs Gemeindeverbänden die größte politische Jugendorganisation im Landkreis Göppingen.

Zum ersten Mal in der mehr als vierzigjährigen Geschichte unseres Verbandes haben wir auf Basis der Ideen unserer Mitgliederversammlung im Juli 2016 in einem langen Prozess der Diskussion mit vielen Mitgliedern Ideen und Themen gesammelt, um der Jungen Union hier vor Ort im Kreis ein Grundsatzprogramm zu geben.

Acht Arbeitsgruppen haben beginnend im Juli 2016 über Arbeitsphasen im Kreisverband sowie in Projektgruppen bis hin zur Kreismitgliederversammlung am 25. November 2018 die Themen, Positionen und Meinungen der Mitgliedschaft in einem breiten Diskussionsfeld erarbeitet.

Dieses Grundsatzprogramm dient der inhaltlichen Verortung der Jungen Union im Kreis zu aktuellen, generellen, grundsätzlichen, lokalen und überregionalen Themen und ist Basis unserer Arbeit im Kreisverband und den angegliederten Ortsverbänden und der Schüler Union im Kreis Göppingen.

## 2.) Der Kreis ist unsere Heimat

Als Junge Union Kreisverband Göppingen befassen wir uns auch mit den Themen und Problemen in unserem Kreis. Um den Kreis schöner und attraktiver zu gestalten, haben wir einige Forderungen:

### a) Ausbau der Infrastruktur

Ein großer Teil der Arbeitnehmer im Landkreis ist aufgrund der ländlich geprägten Strukturen zum Erreichen des Arbeitsplatzes auf das Auto angewiesen. Dies führt in vielen Gemeinden zu einer immensen Verkehrsbelastung auf den Durchgangsstraßen. Deshalb fordern wir den Ausbau der B10 um Geislingen sowie den Bau von Ortsumgehungen für besonders stark betroffene Gemeinden. Neben einer bedarfsgerechten Anpassung der Verkehrsinfrastruktur kann dadurch die Gesundheitsbelastung der Bewohner in den Gemeinden durch Lärm und Abgase sowie der Schwerlastverkehr reduziert werden. Darüber hinaus wird die Verkehrssicherheit innerhalb der Kommunen verbessert und Potentiale geschaffen, die zu einer Erhöhung der Attraktivität der jeweiligen Gemeinde führen. Außerdem fordern wir einen intensiven Ausbau der Krettenhofstraße zur Entlastung der B297 und der betroffenen Schurwald-Kommunen.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Infrastruktur sind die Bahnverbindungen und -linien im Kreis. Diese müssen erhalten und ausgebaut werden, da viele Menschen mit der Bahn unterwegs sind. Deshalb fordern wir:

- den Erhalt des Regioexpress durch den Kreis.
- einen Interregioexpress der mehrmals täglich durch den ganzen Kreis fährt.
- einen Nahverkehrsplan, der gut mit den Schulzeiten und den Arbeitszeiten unserer Unternehmen vor Ort abgestimmt ist.
- eine nächtliche Verbindung am Wochenende gegen 3 Uhr aus Stuttgart und Ulm zurück in den Landkreis Göppingen.
- den Ausbau von Park – Ride Parkplätzen im Landkreis Göppingen entlang der Bahnlinie.

## 39 **b) VVS-Integration im Kreis**

40 Seit dem Jahr 2014 ist der Landkreis Göppingen in den VVS teilintegriert. Das heißt aktuell sind VVS-  
41 Tickets im Kreis gültig, jedoch gelten im Kreis weiterhin die Tarifpreise des Filandes. Aktuell wird  
42 über eine Vollintegration des VVS im Landkreis auf kommunaler Ebene diskutiert. Wir als Junge Union  
43 sind der Meinung, dass eine Vollintegration sinnvoll wäre, wenn:

- 44 • **die Nahverkehrspläne besser abgestimmt werden.**
- 45 • **die einmaligen und laufenden Kosten transparent aufgestellt werden, für den Kreis Göp-**  
46 **ppingen letztlich tragbar sind und die Finanzierung anderer Kreisprojekte weiterhin gesi-**  
47 **chert ist.**
- 48 • **die VVS-Vollintegration unseren Landkreis als Wirtschafts-, Wohn- und Naherholungs-**  
49 **standort attraktiver macht.**
- 50 • **auch für nicht direkt ans Schienennetz angeschlossene Gemeinden und Regionen ein kla-**  
51 **rer Vorteil ersichtlich ist.**

52

## 53 **c) Digitalisierung im Kreis und an Schulen**

54 Ein großes Problem in vielen Kommunen sind die Internet- und Netzverbindungen. In manchen Kom-  
55 munen ist es schwer möglich, im Internet zu surfen oder ein normales Telefonat zu führen. Deshalb  
56 fordern wir:

- 57 • **flächendeckend verfügbares, stabiles Mobilfunknetz im gesamten Landkreis**
- 58 • **Breitbandausbau in allen Kommunen**
- 59 • **freies WLAN in unseren Kommunen vorrangig an Bahnhöfen, auf Marktplätzen und in öf-**  
60 **fentlichen Einrichtungen**

61 Die Schulen im Landkreis sind technisch oft nicht auf dem neusten Stand. Digitale Medien, die heute  
62 selbstverständlich sind, können oft nicht eingesetzt werden. Zudem ist es notwendig die Medienkom-  
63 petenz der Schülerinnen und Schüler zu stärken. Deshalb fordern wir:

- 64 • **funktionierendes Internet an allen Schulen**
- 65 • **Ausstattung mit moderner IT-Infrastruktur**
- 66 • **Förderung der Schüler im Umgang mit Medien**

67

## 68 **d) Alb Fils Kliniken**

69 Durch die Fusion der Helfensteinklinik und der Klinik am Eichert ist das neue Projekt Alb Fils Kliniken  
70 entstanden. Dieses ist ein Zusammenschluss zu einem gemeinsamen Verband. Dabei soll die Klinik  
71 am Eichert in Göppingen modernisiert und umgebaut werden. Bei der Planung des Projekts gab es  
72 Schwierigkeiten in Hinblick auf Finanzen und Durchführung. Deshalb fordern wir:

- 73 • **keine weiteren Kostenerhöhungen**
- 74 • **klare und deutliche Informationen den Bürgern gegenüber**
- 75 • **keine weiteren Terminverschiebungen**

## 76 e) Der Biobeutel

77 Die Einführung des Biobeutels war zunächst mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Langsam  
78 kommt er in immer mehr Haushalten an. Obwohl der Biobeutel eine immer breitere Akzeptanz in der  
79 Bevölkerung findet, gibt es Probleme was die zuverlässige Abholung und Entsorgung betrifft. Deshalb  
80 fordern wir:

81 **Das Projekt Biobeutel hat nur eine Zukunft, wenn er flächendeckend und regelmäßig im kom-**  
82 **pletten Landkreis vom AWB abgeholt wird. Zudem fordern wir eine kostenlose Ausgabe des Bio-**  
83 **beutel analog zum gelben Sack.**

84

## 85 f) Andere Jugendorganisationen im Landkreis

86 Als Teil des Kreisjugendrings unterstützen wir die großflächige und vielseitige Jugendarbeit im Land-  
87 kreis. Für uns müssen jedoch Vereinigungen, die sich vorrangig mit Kindern und Jugendlichen be-  
88 beschäftigen, mehr als alle anderen im Einklang mit unserer demokratisch kulturellen Werteordnung  
89 stehen. Deshalb fordern wir aufgrund zahlreicher Vorfälle:

90 **Die Aufkündigung der Mitgliedschaft der DITIB Jugend Göppingen im Kreisjugendring.**

91

## 92 g) Erneuerbare Energien im Kreis

93 Der großflächige Ausbau von Windkraftanlagen führt auch im Landkreis Göppingen vielerorts zu Wi-  
94 derstand. Grundlage dafür ist unter anderem der Eingriff in das Landschaftsbild des Kreises und die  
95 Belastung der Bürger vor Ort. Die mehrheitlich nicht wirtschaftlichen Anlagen werden dabei oftmals  
96 gegen den Willen der örtlichen Gemeinde- und Ortschaftsräte durch das Landratsamt durchgesetzt.  
97 Wir fordern daher:

- 98 • **Windkraftanlagen im Kreis nur dort auszubauen, wo sie sich auch wirklich lohnen.**
- 99 • **die örtliche Bevölkerung und vor allem die Gemeinderäte vor Ort ernst zu nehmen und in**  
100 **die Entscheidungsfindung miteinzubeziehen.**
- 101 • **Alternative regenerative Energieträger wie die Solar- oder die Wasserkraft aufzuzeigen**  
102 **und diese neben einem großflächigen Windkraftausbau auch ernsthaft in Erwägung zu**  
103 **ziehen.**

104

## 105 h) E-Partizipation in den Kommunen

106 Die Digitalisierung schreitet auch im Kreis Göppingen voran. Immer mehr Kommunen nutzen Mög-  
107 lichkeiten der E-Partizipation, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben online ihre Meinung zu  
108 kommunalen Projekten kundzutun. Dies kann in Form von direkten Meinungsäußerungen oder ge-  
109 zielten Befragungen geschehen. Damit auch die Kommunen mit der Zeit gehen können fordern wir:

- 110 • **Einen kreisweiten Ausbau der E-Partizipation in den Kommunen, um die direkte Bürger-**  
111 **beteiligung und das Interesse an kommunaler Politik zu steigern.**
- 112 • **Finanzielle Unterstützung von Kommunen, die Elemente der E-Partizipation in ihrer Ge-**  
113 **meinde einführen wollen.**

## 114 **i) Bewerbung des Oberen Filstals für die Gartenschau**

115 Die gemeinsame Bewerbung der Gemeinden Bad Überkingen, Deggingen, Bad Ditzenbach, Mülhau-  
116 sen und Wiesensteig für eine kleine Gartenschau begrüßen wir als Junge Union. Die gemeinsame Be-  
117 werbung bietet für das Obere Filstal eine große Chance zur Weiterentwicklung von Infrastruktur, Tou-  
118 rismus, Wohnraum und nicht zuletzt von Lebensqualität. Des Weiteren zeigt dieses gemeinsame Pro-  
119 jekt, dass ein kommunenübergreifendes Zusammenarbeiten letztlich allen Beteiligten zu Gute kom-  
120 men kann und zur Weiterentwicklung aller Kommunen dient. Als Junge Union ist uns dabei wichtig:

- 121 • eine aktive Beteiligung am Prozess der Bürgerbeteiligung und der damit verbundenen Work-  
122 shops
- 123 • transparente Kosten-Nutzen Darstellung, um so das Vertrauen und die Unterstützung der  
124 Bürgerinnen und Bürger zur Bewerbung sicherzustellen

125

## 126 **3.) Bildung ist uns wichtig**

- 127 • **Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems**

128 Wir fordern die Durchlässigkeit und Transparenz sowie die bewährte Dreigliedrigkeit des Schulsys-  
129 tems zu erhalten.

130 Wir fordern insbesondere die Sicherung und den Ausbau von Realschulen und sprechen uns gegen  
131 den weiteren Ausbau von Gemeinschaftsschulen aus.

132

- 133 • **Praxisorientierter Unterricht und eine bessere Vorbereitung aufs Berufsleben**

134 Wir halten es für sinnvoll, das Bewerbungstraining auszubauen und die Schüler über die Bandbreite  
135 des beruflichen Angebots in Kenntnis zu setzen sowie diesen Aufgabenbereich systematisch in einen  
136 Fächerverbund zu integrieren.

137 Zudem halten wir es für notwendig, die Anzahl der Pflichtpraktika zur Berufsvorbereitung zu erhöhen.  
138 Dabei soll der Fokus auf handwerklichen und sozialen Berufen liegen.

139

- 140 • **Wahlfreiheit für Schulen und Schüler**

141 Wir stehen für die Beibehaltung von G8 und G9 über 2024 hinaus. Die Schulkonferenz hat über die  
142 Ausprägung zu entscheiden.

143

- 144 • **Inklusionsprojekte nur realisierbar bei entsprechender Lehreraus- / -fortbildung**

145 Eine integrative Beschulung kann nur umgesetzt werden, wenn die Behinderung des Kindes einen  
146 bestimmten Grad nicht übersteigt und gleichzeitig eine quantitative und qualitative Anpassung des  
147 Lehrpersonals stattfindet.

148

149 • **Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung**

150 Wir drängen auf die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung, um einerseits eine  
151 den Leistungen des Schülers entsprechende Schullaufbahn einzuleiten und andererseits eine leis-  
152 tungshomogene Lehr-Lernatmosphäre an weiterführenden Schulen zu gewährleisten.

153

154 • **Ausbau von Ethikunterricht**

155 Wir fordern den schulartenübergreifenden Ausbau von Ethikunterricht für Kinder nichtchristlichen  
156 Glaubens. Zur Prävention vor Radikalisierung sollen im Ethikunterricht sämtliche in Deutschland prä-  
157 sente Glaubensrichtungen intensiv behandelt werden.

158

159 • **Umsetzung des Leistungsprinzips**

160 Wir sprechen uns dafür aus, dass Beurteilungen und Entwicklungschancen leistungsgerecht ermög-  
161 licht und umgesetzt werden. Die bewährte Notenskala soll weiterhin als Maßstab zur Bewertung von  
162 Schulleistungen herangezogen werden.

163

164 • **Medienbildung**

165 Wir halten es für wichtig, den Einsatz und Umgang mit Medien zu thematisieren. Dabei sollten Chan-  
166 cen und Risiken aufgezeigt werden. In diesem Zusammenhang ist die Aus- und Weiterbildung von  
167 Lehrkräften notwendig.

168

169 **4.) Familie & Gesellschaft**

170 **a) Wandel der Gesellschaft**

171 Durch **Globalisierung, Digitalisierung und die Weiterentwicklung der Industrie** verändert sich un-  
172 sere Gesellschaft und unsere Wirtschaft. Daher stehen wir dafür ein, dass sich die Politik mit den dar-  
173 aus resultierenden Herausforderungen beschäftigt und Anreize und Möglichkeiten für Menschen so-  
174 wie für Unternehmen schafft, die Digitalisierung 4.0 **vorantreiben und mitgestalten** zu können.

175 Für diese Weiterentwicklung müssen zum einen die **notwendige Bereitschaft** der Bevölkerung zur  
176 Veränderung und zum anderen **gleiche Standards** in Wirtschaft und digitaler Infrastruktur über Lan-  
177 des- und Staatsgrenzen hinweg vorhanden sein. Unsere Heimat ist von einer starken Industrie und  
178 Wirtschaft abhängig. Wenn wir dort den Anschluss an andere Vorreiternationen verlieren, verlieren  
179 wir unseren Lebensstandard. Unsere Gesellschaft wird sich einerseits durch den Wandel hin zu einer  
180 vernetzten Welt verändern und andererseits auch durch eine zunehmend starke Migration. Besonders  
181 die Politik muss diesen Wandel auf eine Weise unterstützen, die das **Fundament unserer Gesell-**  
182 **schaft** weiterhin erhält.

183 Wir positionieren uns klar **gegen** den herrschenden **Genderwahn**, da eine Veränderung der deutschen  
184 Sprache in dieser Hinsicht nicht nur unnötig und kostenintensiv ist, sondern auch unsere Sprache und  
185 Kommunikation in einer Weise verkompliziert und verändert, die für uns nicht hinnehmbar ist.

186 Weitergehend ist die Finanzierung von Lehrstühlen, welche sich mit Genderforschung beschäftigen  
187 abzuschaufen.

188

### 189 **b) Unsere Werte**

190 Als Junge Union im Kreis Göppingen unterstützen wir die Forderung nach einem **verpflichtenden**  
191 **Dienstjahr an der Gesellschaft für Frauen und Männer**. Dieses Jahr soll in Deutschland geleistet wer-  
192 den und stärkt dadurch nicht nur das Gemeinschaftsgefühl der Nation, sondern trägt auch positiv zur  
193 Entwicklung der Persönlichkeit bei. Zudem können so Einblicke in verschiedene Berufsfelder ermög-  
194 licht werden.

195 Wir stehen für den **Erhalt der christlich-abendländischen Werte** in unserer Gesellschaft, für gegen-  
196 seitige **Toleranz** gegenüber anderen Religionen und für die allgemeine **Akzeptanz** unserer Werte. Je-  
197 doch lehnen wir eine übertriebene und falsche Toleranz wie Streichung von Schweinefleisch auf Men-  
198 sakarten oder die Beschaffung von sogenannten Burkinis auf Kosten der Schule ab. Ein Ziel unserer  
199 Schulbildung soll es sein durch Vermittlung von demokratischen und rechtsstaatlichen Werten, sowie  
200 allgemeiner Wissensvermittlung Chancengleichheit bei allen Bevölkerungsgruppen herzustellen und  
201 die Bildung von **Parallelgesellschaften zu vermeiden**. Daher setzen wir uns dafür ein, dass **getrennte**  
202 **Wohngebiete** nach Herkunft oder Religion aufgelöst bzw. erst überhaupt nicht entstehen sollen. Zu-  
203 dem setzen wir uns für ein **Verbot von Burka und Niqab** für Beschäftigte im öffentlichen Dienst und  
204 an öffentlichen Plätzen ein.

205

### 206 **c) Gelungene Integration**

207 Eine **gelungene Integration** ist der Grundstein für eine gemeinsame und funktionierende Gesell-  
208 schaft. Um Integration zuverlässig zu gewährleisten befürworten wir verpflichtende Deutsch- und In-  
209 tegrationskurse. Die Anerkennung unseres **Rechtssystems** und unseres **Grundgesetzes** sind selbst-  
210 verständlich elementare Voraussetzungen für eine Integration in unsere Gesellschaft. Ebenso muss  
211 es Konsequenzen geben, wenn verpflichtende Kurse nicht besucht werden.

212 Weiter ist neben dem Erlernen der deutschen Sprache, das Nutzen unseres differenzierten **Bildungs-**  
213 **systems** von Nöten, um die Integration in unsere Gesellschaft und in unseren Arbeitsmarkt zu errei-  
214 chen.

215 Wir setzen uns dafür ein, dass Flüchtlinge, Migranten und Asylsuchende, die in unser Land kommen,  
216 unsere **Werte und Gepflogenheiten** respektieren und annehmen. Sie müssen sich uns anpassen und  
217 nicht die deutsche Gesellschaft an sie.

218 Weiter können unserer Meinung nach, die doppelte Staatsbürgerschaft durchaus zu einem Loyalitäts-  
219 konflikt bei den verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Systemen führen. Daher fordern wir  
220 die **Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft**.

221

### 222 **d) Einwanderungsgesetz**

223 Die große Koalition hat sich bereits auf die Eckpunkte eines Einwanderungsgesetzes verständigt, um  
224 den Zuzug von Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern regulär und legal zu ermöglichen. Für uns ist dieser  
225 Schritt längst überfällig, umso mehr drängen wir auf eine zügige Umsetzung des geplanten Gesetzes.



226 Dabei geht es nicht um Flüchtlinge, sondern allein um die Zuwanderung in den deutschen Arbeits-  
227 markt. Dieser ist unserer Meinung zwingend notwendig, da viele Unternehmen zahlreiche freie Stel-  
228 len bereits jetzt nicht besetzen können. Deutschland kann und muss daher den Anspruch stellen, qua-  
229 lifizierte Fachkräfte auch aus Drittstaaten nach Deutschland holen zu können. Dies geht nur mit ei-  
230 nem klaren und verständlichen Einwanderungsgesetz.

231 Dieses Einwanderungsgesetz soll sich dabei an einem Punktesystem orientieren sollte, beispielsweise  
232 nach dem kanadischen Vorbild. Dort müssen Kriterien wie das Ausbildungsniveau, die Sprachkennt-  
233 nisse, die bisherige Berufserfahrung, sowie die Anerkennung der freiheitlich demokratischen Werte-  
234 ordnung berücksichtigt werden.

235

### 236 e) Stärkung von jungen Familien

237 Unser Fokus liegt in der **Stärkung und Förderung von jungen Familien** sowie von Kindern. Dabei  
238 steht das **Wohl des Kindes** im Vordergrund, unabhängig davon, ob es in einem Haushalt mit Mann  
239 und Frau, mit einer/m Alleinerziehenden oder mit eingetragener Lebenspartnerschaft lebt.

240 Wir sind für die **steuerrechtliche Gleichstellung** von Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaf-  
241 ten.

242 Die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** muss weiter gefördert werden, um Müttern die Möglichkeit  
243 geben zu können Kind und Karriere zu vereinbaren. Dabei sollen Eltern in Elternzeit finanziell gut ab-  
244 gesichert sein. Hierbei sollte auch das Angebot von Kita-Plätzen entsprechend ausgebaut werden.

245

### 246 f) Pflege- und Gesundheitssystem

247 In einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft erhält die Frage, inwiefern unser Pflege- und Ge-  
248 sundheitssystem dieser Herausforderung heute - aber auch in Zukunft - gewachsen ist, deutlich mehr  
249 Gewicht. Wir sind der Meinung, dass besonders in der Pflege deutlicher Handlungsbedarf besteht und  
250 fordern deshalb bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte, wie auch qualitativ bessere Leistungen  
251 für Pflegebedürftige.

252 Im Detail bedeutet dies in Hinblick auf verbesserte Arbeitsbedingungen eine bessere Bezahlung, eine  
253 sorgfältigere Ausbildung, einen deutlichen Stellenausbau und eine verträglichere Arbeitszeitenrege-  
254 lung. Darüber hinaus treten wir für einen verpflichtenden Personalschlüssel ein, um eine bessere Be-  
255 treuung der Pflegebedürftigen zu ermöglichen. Des Weiteren sind wir der Überzeugung, dass wir das  
256 Potential, dass sich durch Zuwanderung ergibt, auch nutzen sollten - beispielsweise durch eine spezi-  
257 elle Förderung für Personal aus Osteuropa.

258 Pflegekräfte arbeiten für wenig Geld unter meist sehr belastenden Umständen. Dabei leisten sie mit  
259 ihrer Arbeit einen unverzichtbaren Dienst am Menschen und an der Gesellschaft. Dass sie trotz aller  
260 Widrigkeiten bereit sind, sich dieser schwierigen Aufgabe zu stellen, sollte besonders in der Politik  
261 berücksichtigt und honoriert werden. Daher fordern wir weiter eine Entbürokratisierung des Pflege-  
262 systems.

263

264

## 5.) Europa ist unsere Zukunft

265

### a) Europäische Werte

266

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten vertreten eine christlich-abendländische Werteordnung. Aus diesem Grund lehnen wir EU-Beitrittsgespräche sowie VISA Liberalisierungen mit der **Türkei** ab. Zu den Bestandteilen dieses Wertefundaments zählen neben **Toleranz, Akzeptanz, Solidarität und die Wahrung der Menschenrechte auch die Akzeptanz nationalstaatlicher Souveränität.**

268

269

270

Nichtsdestotrotz bedarf es der Förderung des **innereuropäischen Zusammenhalts**, um staatenübergreifende Probleme und Herausforderungen gemeinsam bewerkstelligen zu können. Ergänzend ist es von zentraler Bedeutung, gesellschaftliche Projekte voranzutreiben, um den innereuropäischen Zusammenhalt nachhaltig zu stärken. Wir fordern daher die Einrichtung eines europäischen **Freiwilligendienstes**, der den grenzüberschreitenden Austausch junger Menschen intensivieren soll.

271

272

273

274

Das **ERASMUS** Programm ist eine Erfolgsgeschichte und muss beibehalten und weiterhin gefördert werden. Daneben gilt es, ein europäisches Bewusstsein in allen Gesellschaftsschichten zu stärken und die Reputation der EU durch mehr „Menschenverstand“ bei Entscheidungen auf europäischer Ebene zu stärken.

275

276

277

278

279

280

### b) Kompetenzen und Ausgestaltung der EU

281

Da nationale Unterschiede die Handlungs- und Entwicklungsfähigkeit der EU in verschiedenen Bereichen beeinträchtigt, bieten die aktuellen Gegebenheiten ungünstige Voraussetzungen für eine grundlegende Reform der EU. Daraus lässt sich folgern, dass sowohl eine **geographische**, als auch eine **Erweiterung von Kompetenzen** zum jetzigen Zeitpunkt **nicht sinnvoll** ist. Vielmehr gilt es die EU in ihrer momentanen Beschaffenheit zu konsolidieren und zu stärken. Um Probleme und Herausforderungen gemeinsam mit allen Mitgliedstaaten lösen zu können, muss sich die EU auf ihre **Kernkompetenzen** fokussieren, diese eindeutig reglementieren und Handlungsspielräume in jedem Zuständigkeitsbereich klar festlegen. Dazu gehört auch die Straffung des europäischen Gesetzgebungsverfahrens.

282

283

284

285

286

287

288

289

290

291

### c) Außen- und Sicherheitspolitik

292

Durch das Fehlen gemeinsamer Positionen ist die EU vordergründig mit sich selbst beschäftigt und untergräbt ihre Geltung auf internationaler Ebene. Um der EU-Stimme ihr volles Gewicht zu verleihen, ist eine **geschlossene Meinung** von elementarer Bedeutung. Die Mitgliedstaaten sollen sich dabei vorrangig in den Bereichen **Wirtschaft und Sicherheit** auf einheitliche Positionen festlegen und diese geschlossen nach außen vertreten. Für die europäische Sicherheit sind Kooperationen zwischen nationalen Polizeien, Geheimdiensten und Grenzschutzbehörden wertvoll und unabdingbar. Für die wirksame Sicherung der europäischen Außengrenzen muss Frontex personell und finanziell gefördert und mit einer soliden Rechtsgrundlage ausgestattet werden. Eine **Sicherung der EU-Außengrenzen** halten wir für unabdingbar. Dies ist für ein weiteres positives Bestehen der EU erforderlich. Da das Vertrauen in bestimmte NATO-Partner abgenommen hat, ist es wichtig, dass die europäischen Staaten im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik näher zusammenrücken. Kurzfristig sehen wir pragmatische Kooperationen, wie die Europäische Interventionsinitiative, als praktikable und realitätsnahe Lösung. Langfristig gilt es jedoch eine einheitliche sicherheitspolitische Strategie unter Berücksichtigung aller europäischen Interessen festzulegen, um das sehr langfristige Ziel einer

293

294

295

296

297

298

299

300

301

302

303

304

305

306 Verteidigungsunion ins Auge zu fassen. Mit PESCO wurde hierzu bereits ein erheblicher Fortschritt  
307 erzielt. Schließlich muss die europäische Nachbarschaftspolitik vorangetrieben und gestärkt werden.

308

#### 309 **d) Migrationspolitik**

310 Die christliche Pflicht zur Hilfeleistung macht die Migrations- und Flüchtlingspolitik zu einer Heraus-  
311 forderung, die nur gemeinsam auf europäischer Ebene gelöst werden kann. Hierbei kommt der EU  
312 eine zentrale Bedeutung bei der Bekämpfung von Fluchtursachen zu. Die Einführung eines europa-  
313 weiten Verteilungsschlüssels ist bei Betrachtung der momentanen Ausgangssituation mit unter-  
314 schiedlichen sozialen Standards in den Mitgliedstaaten derzeit nicht umsetzbar, sollte aber weiterhin  
315 Ziel der europäischen Politik sein. Wir streben eine europäische Lösung an und möchten nationale  
316 Alleingänge und einen möglichen Verteilungskampf bei der Aufteilung von Migranten und Flüchtlin-  
317 gen verhindern. Von zentraler Bedeutung ist hierbei, dass der interne Zusammenhalt der EU nicht  
318 unter Fragen der Migrationspolitik leidet.

319

## 320 **6.) Innere Sicherheit**

#### 321 **a) Datenschutz / Geheimdienst**

322 Im digitalen Zeitalter mit zunehmender Internetkriminalität ist die Cyberabwehr von immenser Be-  
323 deutung. Hierzu muss die digitale Infrastruktur, gerade in Hinblick auf die steigende Anzahl großan-  
324 gelegter Hackerangriffe, gestärkt werden.

325 Unserer Meinung nach müssen die Geheimdienste eine Stelle zur Entschlüsselung der Netzkommuni-  
326 kation aufbauen, denn mehr digitale Überwachung bringt auch mehr Sicherheit. Viele terroristische  
327 Akte werden mittels sozialer Netzwerke geplant und dies muss unterbunden werden. Zusätzlich soll-  
328 ten die Geheimdienste den aktiven Kampf gegen das sehr gefährliche und höchst illegale Darknet/  
329 Deep Web aufnehmen.

330

#### 331 **b) Polizei / öffentliche Ordnung**

332 Der freiwillige Polizeidienst wird den gewünschten Effekt der Aufstockung polizeilicher Kräfte und  
333 Präsenz nicht effizient hervorrufen. In der heutigen Zeit müssen Polizeibeamtinnen und Polizeibeam-  
334 ten umfassend ausgebildet und fachlich geschult werden, um qualitative und optimale Sicherheit zu  
335 gewährleisten. Zudem sind wir für die Ausleuchtung von öffentlichen Plätzen, wie z.B. Bus-Bahnhö-  
336 fen oder auch Unterführungen. Dies soll zur Abschreckung dienen, Bürgern ein Gefühl von Sicherheit  
337 übermitteln und die urbane Sicherheit gewährleisten.

338 Die Polizeireform der letzten Jahre muss umgehend vernünftig neugestaltet und in vielerlei Hinsicht  
339 (Sparmaßnahmen) rückgängig gemacht werden. Es muss eine dezentrale Organisation angesetzt  
340 werden, speziell im ländlichen Raum müssen im Notfall genügend Einsatzkräfte schnell und effizient  
341 zur Verfügung stehen. Um diesen Punkt zu unterstützen, wären die Wiedereinsetzungen der regiona-  
342 len Polizeidirektionen (z.B. Göppingen) äußerst notwendig.

343 Die Bürokratie innerhalb der Polizei und Justiz muss stark reduziert bzw. überarbeitet werden. Straf-  
344 anträge und Verfahren müssen schneller verarbeitet und zum Ergebnis gebracht werden, ohne Ein-  
345 satzkräfte unnötig lange zu beanspruchen. Die Kennzeichnungspflicht darf nicht eingeführt werden,

346 denn die Einführung schafft Einschränkungen für die einzelnen Einsatzkräfte und gefährdet zudem –  
347 unter Umständen – die Polizistinnen und Polizisten im privaten Umfeld (Gewalt gegen Polizei), da die  
348 Kennzeichnungen als eine Art Personalien gesehen werden würden. Um die Rechtssicherheit der Be-  
349 amten zu stärken, setzen wir uns für die Einführung von Body-Cams ein.

350 Dem folgt die Kompetenzerweiterung für Einsatzkräfte, Gefährder bei Tatbeständen direkt festzu-  
351 nehmen, zum Gerichtsverfahren vorzubereiten und ein Untertauchen zu vermeiden. Zudem sollten  
352 ausreichen Plätze für die Abschiebehaft geschaffen werden, um die erforderlichen Abschiebungen so  
353 reibungslos wie möglich erfolgen lassen zu können.

354

### 355 **c) Bundeswehr**

#### 356 Einsatz im Inneren:

357 Dem Einsatz der Streitkräfte im Inneren sind deutliche verfassungsrechtliche Grenzen gesetzt. Tritt  
358 eine besondere [terroristische] Bedrohung ein, sollten Soldaten Polizisten unterstützen können. Da-  
359 her sprechen wir uns für folgende Maßnahmen aus:

- 360 • Zur Terrorbekämpfung und zum Katastrophenschutz soll die Bundeswehr auch im Landesin-  
361 neren eingesetzt werden können.
- 362 • Da die Bundeswehr aktuell an ihrer personellen und materiellen Leistungsgrenze operiert, ist  
363 die Hinzunahme innerer Sicherheitskompetenzen nur sinnvoll, wenn unsere Streitkräfte mit  
364 den dafür notwendigen Mitteln ausgestattet werden.

365 Vieles hat sich verbessert, doch gemessen an der aktuellen Lage in Deutschland und der Welt, sowie  
366 dem Aspekt der Verantwortung, die Deutschland international trägt, ist es notwendig unsere Streit-  
367 kräfte dieser Situation anzupassen und zu verbessern. Als Junge Union im Kreis Göppingen fordern  
368 wir daher:

- 369 • Die Wertschätzung der Bundeswehr in der Gesellschaft zu erhöhen.
- 370 • Die Bundeswehr personell und materiell zu stärken.
- 371 • Die finanziellen Mittel der Bundeswehr aufzustocken und den Wehretat, wie auch von der  
372 NATO gefordert, schrittweise auf 2 % des BIP zu erhöhen.

373 Wir stehen dafür ein das zuvor erwähnte Deutschlandjahr in der Bundeswehr geleistet werden kann.

374 Deutschland muss seiner internationalen Verantwortung gerecht werden – nicht nur aufgrund zuneh-  
375 mender internationaler Forderung nach mehr sicherheitspolitischem Engagement, sondern auch auf-  
376 grund eigener Interessen. Dazu müssen aber klare strategische und sicherheitspolitische Prioritäten  
377 definiert werden. Die materielle, personelle und finanzielle Stärkung der Bundeswehr muss sich stets  
378 an diesen Leitlinien orientieren und messen.

379

### 380 **d) Katastrophenschutz**

381 In Hinblick auf den Katastrophenschutz setzen wir uns für eine Stärkung des Ehrenamts (Feuer-  
382 wehr/THW etc.) ein. Ehrenamtliche Organisationen sollten die Möglichkeit haben, sich an Schulen  
383 und anderen Orten vorstellen zu können, um so für sich und um Mitglieder werben zu können. Damit  
384 soll erreicht werden, dass diese Organisationen personell besser ausgestattet sind. Ebenso sollen die  
385 ehrenamtlichen Helfer ein Zeugnis über Ihre Tätigkeit erhalten, um diese so besser zu würdigen.

386 Weiterhin plädieren wir, mit Blick auf den speziellen Fall von Hochwasserkatastrophen, für einen vermehrten Bau von Stauseen, Rücklaufbecken und ähnlicher vergleichbarer Maßnahmen.

388

## 389 7.) Wirtschaft & Finanzen

### 390 a) Wirtschaft – International

391 • Wir bekennen uns zu einer unabhängigen EZB. Diese ist für eine stabile Währungspolitik verantwortlich. Eine direkte Staatenfinanzierung über die EZB lehnen wir weiterhin ab. Des Weiteren fordern wir die Gründung einer europäischen Institution unter dem Dach der EZB, welche potentielle Aufnahmeländer in den EURO bewertet. Hier sollte in Zukunft ein bestimmtes Rating als Bedingung für die Aufnahme genannt werden.

396 • Bezüglich des **internationalen Handels** fordern wir die internationale Staatengemeinschaft - insbesondere die USA – auf, die Orientierung an Leitsätzen der WTO (World Trade Organization) nicht zu verlieren. Eine auf Protektionismus ausgerichtete Politik lehnen wir ab, stattdessen sind wir der Überzeugung, dass der Abbau von Handelsbarrieren zu mehr Wohlstand in Deutschland, sowie der ganzen Welt führt. Im gegenwärtigen Handelskonflikt mit den USA begrüßen wir beidseitiges Entgegenkommen. Im Zweifel sollte hier jedoch auch mit gesamt-europäischen Vergeltungsmaßnahmen geantwortet werden und der Konflikt nicht zum Wohle der transatlantischen Harmonie, gemieden werden.

404 • Die massive **Subventionspolitik** für die Agrarwirtschaft durch die EU muss dringend überdacht werden. Nachhaltige Entwicklungspolitik in Afrika ist nur im Einklang mit fairer Wirtschaftspolitik möglich. Durch die massiven Subventionen haben europäische Bauern einen künstlichen Wettbewerbsvorteil, der die afrikanische Agrarwirtschaft benachteiligt. Ein Abbau der Subventionen, sowie eine Öffnung des europäischen Markts bringt fairen Wettbewerb, der einerseits wirtschaftlichen Aufschwung in Afrika ermöglicht und unrentable Investitionen der EU unterbindet. Zusätzlich zum wirtschaftlichen Charakter, sehen wir in diesen Maßnahmen auch Ursachenbekämpfung im Rahmen der Flüchtlingskrise.

412 • Wir sprechen uns für ein, in Zukunft stringent eingehaltenes, **Waffenlieferungsverbot** in Krisenregionen aus.

414 • Die Aktivitäten **chinesischer Investoren** in Deutschland sehen wir kritisch, da ein Know-how-Abfluss vermieden werden muss. Die Lösung sehen wir allerdings nicht nur in protektionistischen Maßnahmen, sondern in einer stärkeren Thematisierung geistigen Eigentums auf internationaler Ebene und Verankerung von Schutz geistigen Eigentums in internationalem Recht.

419

### 420 b) Wirtschaft – Bund

421 • Der **Mindestlohn** sollte nach einer gewissen Laufzeit evaluiert werden, denn ein bundesweiter Mindestlohn ist zu pauschal. Die Gewerkschaften sollten daher an einer Anpassung nach regionalen und branchenbedingten Faktoren mitwirken. Um die Wirksamkeit der Tarifverträge zu gewährleisten, sollten sich Unternehmen ab einer gewissen Größe an den Inhalten

425 der Tarifverträge orientieren müssen. Bei der Auswahl der Unternehmensgröße können be-  
426 stehende gesetzliche Bestimmungen als Orientierungswert dienen.

- 427 • Deutschland ist führende **Industrienation**, allerdings im internationalen Wettbewerb immer  
428 mehr unter Druck. Ziel sollte es daher sein, Schlüsselindustrien der Zukunft in Deutschland  
429 anzusiedeln. Um Felder wie künstliche Intelligenz oder „internet of things“ erfolgreich in  
430 Deutschland zu entwickeln, sollte der Staat eingreifen. Wir sprechen uns dafür aus, dass die  
431 Regierung Plattformen zwischen Universitäten und Unternehmen fördert und aktiv subven-  
432 tioniert. Bei Errichtung der Plattformen soll darauf geachtet werden, dass Unternehmen jeg-  
433 licher Größe die gleiche Chance haben, um von den staatlichen Förderprogrammen zu profi-  
434 tieren. Diesen Know-how-Austausch sehen wir als erfolgsversprechend an um Deutschland  
435 auch in zukünftigen Kernindustrien wettbewerbsfähig zu machen.
- 436 • **Sozialer Wohnungsbau**: Die Förderprogramme der L-Bank sollten weiter forciert werden.  
437 Die Mietpreisbremse hingegen sollte abgeschafft werden, um Regulierungen des Staats zu  
438 vermeiden. Wohnungsbauunternehmen unter öffentlicher Trägerschaft, welche zum Zweck  
439 des sozialen Wohnungsbaus gegründet wurden und sich im Lauf der Zeit auf das lukrativere  
440 Hochpreissegment fokussiert haben, sollten sich „back to the roots“ wieder auf den überaus  
441 präsenten sozialen Wohnungsbau konzentrieren.
- 442 • **Kosten der Flüchtlingskrise**: Hier erwarten wir eine strikte Anwendung des Konnexitätsprin-  
443 zips, die gesetzgebende Instanz sollte also für die entstehenden Kosten aufkommen.
- 444 • **Gleiches Lohnniveau von Mann & Frau**: Die Junge Union spricht sich klar dafür aus, eine glei-  
445 che Bezahlung von Mann und Frau zu forcieren, unter Voraussetzung gleicher Qualifikation  
446 und Beibehaltung der Vertragsautonomie der Unternehmen.
- 447 • Um großem **Know-how-Verlust** durch Aufkauf von inländischen Unternehmen durch auslän-  
448 dische Investoren vorzubeugen und den Unternehmen eine größere Innovationskraft zu er-  
449 möglichen, ist eine steuerliche Entlastung von Forschungs- und Entwicklungskosten anzu-  
450 streben.
- 451 • Um den **Energiewandel** voranzutreiben soll die Sensibilität für erneuerbare Energien in der  
452 Industrie in Form von Ausbildungsförderung und finanziellen Anreizen unterstützt werden.

453

#### 454 c) Wirtschaft – Land

- 455 • **Mittelstandsförderung**: Der Begriff Mittelstandsförderung sollte „geschärft“ werden, um  
456 eine klare Vorstellung der Unternehmensgröße zu definieren. Die JU orientiert sich hierbei an  
457 den KMU Kriterien (einheimische, familiengeführte Unternehmen). Die Förderung sollte  
458 durch steuerliche Entlastungen und einer gewissen politischen Ausrichtung zu den genannten  
459 Unternehmen von Statten gehen.
- 460 • **Digitalisierung**: Der Bund soll über Förderprogramme die Rahmenbedingungen schaffen, die  
461 Ausbaupflichtung liegt jedoch bei dem Landkreis.
- 462 • **Start-Up-Förderung**: Günstige Kredite sollten Start-ups gewährleistet werden. Zudem kön-  
463 nen wir uns ein Art Bafög-System für Start-Ups vorstellen. Hier soll das Unternehmen über  
464 Jahre Geld erhalten und je nach Bilanzgewinn das Geld über Jahre zurückzahlen. Dies wäre  
465 eine Art flexibles, festverzinstes Darlehen. Um an diesem Förderprogramm teilnehmen zu

466 können, müssen die Gründer gewisse Auflagen erfüllen. Hierbei ziehen wir eine Art Start-Up-  
467 Führerschein in Betracht, der gewährleisten soll, dass der Gründer über gewisse grund-  
468 legende kaufmännische Kenntnisse verfügt.

469 • **Bürokratieabbau:** Wir sprechen uns ganz klar dafür aus, den Mittelstand und die Grün-  
470 derszene zu entlasten. Hier soll zum einen der Bereich digitale Verwaltung massiv ausgebaut  
471 werden und die Entwicklung zum schlanken Staat forciert werden. Zum anderen sollen vor  
472 Einführung von bürokratieaufbauenden Verordnungen (wie der DSGVO) klare Konzepte er-  
473 stellt werden, wie der bürokratische Aufwand eingedämmt und bewältigt werden kann.

474

#### 475 d) Steuern und Finanzen

476 • Wir sprechen uns gegen jegliche Arten von **Steuererhöhungen** und Erhöhungen sonstiger  
477 Abgaben aus; um die Abgabenlast der Bürgerinnen und Bürger zu senken, fordern wir alle  
478 öffentlichen Hände dazu auf, die Ausgabenseite ihrer Haushaltspläne zu überprüfen.

479 • Die Junge Union setzt sich für eine vollständige Absetzung des **Solidaritätszuschlages** ein.  
480 Diese Art der Besteuerung ist zum einen nicht mehr zeitgemäß, noch ist der ursprüngliche  
481 Zweck dieser Steuer länger gegeben.

482 • Beim **vertikalen Länderfinanzausgleich** sollen die Länder dazu verpflichtet werden, Gelder  
483 vom Bund, welches für die Kommunen gedacht ist, eins zu eins an die Kommunen weiterzu-  
484 geben; zudem befürworten wir eine Überprüfung und in Zukunft stringenter Umsetzung des  
485 Konnexitätsprinzips.

486 • Beim **horizontalen Länderfinanzausgleich** sollen Nehmerländer strengere Auflagen bekom-  
487 men, um „moral hazard“ zu vermeiden. Ein innerstaatlicher Stabilitätspakt ist zu prüfen.

488 • Die Junge Union befürwortet eine Evaluation der ermäßigten **Steuersätze**. In diesem Zusam-  
489 menhang soll geprüft werden, ob die Durchschnittsbesteuerung weiterhin sinnvoll ist. Dar-  
490 über hinaus befürworten wir ein Steuersystem mit drei verschiedenen Umsatzsteuersätzen.  
491 Durch solch ein System können verschiedene Waren subventioniert und speziell gefördert  
492 werden. So können z. B. Waren mit einem erhöhten Zuckergehalt wesentlich stärker besteu-  
493 ert werden, als gleichartige Waren niedrigeren Zuckergehalts. Auch eine Subvention von öko-  
494 logisch angebauten und regional verkauften Produkten kann somit ermöglicht werden.

495

#### 496 e) Renten- und Pensionspolitik

497 • Die Politik der „**doppelten Haltelinie**“ sehen wir unter nachhaltigen Aspekten als untragbar  
498 an. Trotz demographischen Wandels und schwindender Mittel, Leistungen zu erhöhen zeugt  
499 von politischer Kurzsichtigkeit. Dass Prognosen zu Folge ab 2023 Steuermittel verwendet  
500 werden müssten, um das Rentensystem beizubehalten, sehen wir als dringenden Weckruf um  
501 alternative Rentensysteme zu diskutieren. Dieses Szenario würde dazu führen, dass wegen  
502 des Rentensystems Investitionen an anderen Stellen fehlen würden und spätere Generatio-  
503 nen unter der aktuellen Politik leiden. Darum sprechen wir uns für einen Kursumschwung aus,  
504 bei dem gemeinsam mit führenden Ökonomen alternative Modelle erörtert werden sollen

505 • Die Junge Union unterstützt eine **einheitliche Bemessungsgrundlage** bezüglich Renten- und  
506 Pensionsansprüche

## 507 **8.) Energie und Umwelt**

### 508 **Energiewende**

509 Alle Energieformen müssen sich durch Wirtschaftlichkeit und stabile Verfügbarkeit beweisen. Durch  
510 Konkurrenz über die Preisbildung wird dieses gefördert, eine garantierte zusätzliche Einspeisevergü-  
511 tung verschiebt das Marktgefüge. Die Anschubfinanzierung für neue Arten der Energieerzeugung  
512 durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz muss deshalb deutlich reduziert und mittelfristig eingestellt  
513 werden. Wichtig ist eine langfristig sichere und bezahlbare Energieversorgung für Industrie und End-  
514 verbraucher. Eine intelligente Vernetzung und Abstimmung der dezentraler werdenden Energieer-  
515 zeuger ist dafür von herausragender Bedeutung.

516

### 517 **Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit**

518 Nach christlichem Verständnis sind Mensch, Natur und Umwelt Schöpfung Gottes. Sie zu bewahren,  
519 ist unser Auftrag. Allerdings muss dabei mit Augenmaß gehandelt werden. Die massive Häufung von  
520 Umweltgutachten, die oft in aufwändigen und teuren Umsiedlungen von Tier- oder Pflanzenarten  
521 münden und wichtige Bauvorhaben unnötig verzögern und verteuern, muss durch die Politik redu-  
522 ziert werden. Die Stellung und der Einfluss von Naturverbänden und der Träger Öffentlicher Belange  
523 muss überdacht werden. Die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaftsunternehmen darf durch über-  
524 zogene Umweltauflagen nicht gefährdet werden.

525

### 526 **Ideologiefreie Herangehensweise**

527 Nur wenige Politikfelder werden so emotional diskutiert wie die Umweltpolitik. Deshalb ist hier ein  
528 bedachter Umgang mit der Materie erforderlich und dem häufigen Impuls, keine Veränderungen  
529 durch den Menschen zuzulassen muss durch eine ideologiefreie Auseinandersetzung mit dem Thema  
530 begegnet werden. Bei Lärm und Umweltbelastungen sind pragmatische statt ideologiegetriebener  
531 Ansätze anzustreben. Nicht plakative Maßnahmen sind gefordert, sondern nachweislich wirkungs-  
532 volle Ansätze. Wir sind gegen Zentralismus und von oben herab vorgegebene Technologien. Für die  
533 rasante technische Fortentwicklung und die nicht vorhersehbaren kommenden Technologien sind die  
534 politischen Entscheidungswege zu langsam und träge, deshalb sollte sich die Politik auf die Rahmen-  
535 setzung beschränken. Kirchturmdenken bei Themen wie der Atommüll-Endlagerung, den Standorten  
536 für Windkraft und Stromtrassen zum Ausgleich von Energieerzeugung und -verbrauch lehnen wir ab.  
537 Dies sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, bei denen alle Bundesländer, Landkreise, Städte und  
538 Gemeinden an einem Strang ziehen müssen, um diese großen Herausforderungen zügig und zielori-  
539 entiert anzugehen. Vorgegebene Aktionen wie Fahrverbote lehnen wir entschieden ab. Diese stellen  
540 einen massiven Eingriff in unsere Freiheit dar und schädigen Unternehmen wie Berufstätige gleicher-  
541 maßen. Wer in Baden-Württemberg so gegen die Industrie und die arbeitende Bevölkerung argumen-  
542 tiert, hat nicht verstanden, warum es unserem Land so gut geht.